

Obmännerkonferenz der gemeinderätlichen Klubs.

Gestern vormittag hielten die Obmänner der gemeinderätlichen Klubs ihre zwanzigste Kriegssitzung ab. Nach einem Bericht des Bürgermeisters sind von den eingelaufenen Unterstützungsgeldern für die durch den Krieg notleidend Gewordenen noch 1,969.698 Kronen vorhanden. Für die staatlichen Unterhaltsbeiträge wurden nach Informationen, die ihm zuteil wurden, in Niederösterreich bisher mehr als sechzig Millionen Kronen verausgabt. In ganz Oesterreich ist für diesen Zweck bisher eine halbe Milliarde Kronen aufgebracht worden. Bei dem folgenden Bericht über die sanitären Verhältnisse sprach Steiner über die Barackenbauten in Grünzing und wendete sich dagegen, daß nahe der starken Verkehrsstraße, die zum Kaasgraben führt, Infektionsbaracken aufgestellt werden. Der Bürgermeister erklärte, daß am Freitag in der Sanitätskonferenz diese Angelegenheit zur Sprache gebracht werden könne. Als Wahrnehmungen in der ersten Woche der Einführung der Brot- und Mehllarte teilt er mit, daß keine besonderen Klagen über die neue Einführung eingelaufen seien. Einzelne Unterstandslose, die Brotkarten forderten, seien zur Polizei gewiesen worden und lehrten nicht mehr zurück. Beschwerden kamen über die zeitraubende Manipulation mit dem Abschneiden der Marken und den Vormerzbüchern vor. Der Verbrauch an Brot sei gesunken. Es habe sich ergeben, daß einzelne Bäckermeister einstandaloses Brot herstellen. Es mußten einzelne Erzeugnisse dem Verkauf durch die Marktkommissionäre entzogen werden. In der Brigittenau haben einundzwanzig Frauen, die mit den durch die Karte bestimmten Brotquantitäten ihr Auslangen für die Familie nicht finden konnten, stürmisch Brot gefordert. Es werde sich die Notwendigkeit ergeben, die Brotkarte auf Mehl und Brot allein zu beschränken und andere Mahlprodukte auszuscheiden. Der Bürgermeister hob hervor, daß sich ärztliche Kapazitäten dahin aussprachen, daß es keine Krankheit gebe, die eine Brotnahrung aus reinem Weizenmehl fordere. Die Kriegs-Getreidegesellschaft habe mitgeteilt, daß Maismehl zum Teil bereits angekommen, zum Teil auf dem Wege nach Wien sei. Inzwischen stiegen die Preise für Erbsenmehl, Kartoffelmehl sei auf 104 Kronen, Reismehl auf 116 Kronen gestiegen. Die Konferenz sprach sich für die Ausscheidung der Kollgerste aus der Brot- und Mehllarte aus, ferner dafür, daß kinderreichen Arbeiterfamilien eine größere Menge Brot oder Mehl zugesichert werde. Magistratsrat Jamöck berichtete über seine Erfahrungen mit der Brot- und Mehllarte. Skaret besprach den schwunghaften Winkelhandel mit Vieh, der jetzt auf dem Lande betrieben werde. Die österreichischen Landwirte zeigen keine Solidarität mit der Bevölkerung, sie könnten im Austauschweg Mahlprodukte sehr leicht der städtischen Bevölkerung zuwenden. Gerstenmehl werde als Schweinefutter verwendet, während in Wien die Menschen Futtermehl und Mais konsumieren müssen. Er verlangte gleichfalls eine Ergänzungskarte für kinderreiche Arbeiterfamilien. Vom Bürgermeister wurde dann darauf hingewiesen, daß die Statthalterei für Oberösterreich mit einer Verordnung die Ausfuhr von Vieh verboten hat. Um den Schaden, den dieses Verbot für Wien bedeutet, zu beleuchten, führte Vizebürgermeister Hosh an, daß am letzten Markttag Oberösterreich 1500 Stück Schlachtvieh auf den Wiener Viehmarkt gebracht hat. Gegen das Verbot werden vom Bürgermeister entsprechende Schritte eingeleitet werden.

Hierauf wurde ein Artikel einer Montagszeitung besprochen, der sich gegen die Wahl der Bürgermeister wendet. Gemeinderat Neumann führte dabei aus: Wir Sozialdemokraten sind entschiedene Gegner des derzeitigen Gemeindevahlrechtes. Die Wähler des Bürgermeisters gehen aus diesem von uns bekämpften Wahlrecht hervor. Trotzdem können wir uns für eine Einengung der Gemeindeautonomie nicht erwärmen und protestieren gegen einen Eingriff, der dahin zielt, daß der Bürgermeister nicht mehr durch die Wahl bestellt, sondern von der Regierung ernannt wird. Im Namen der Fortschrittlichen erklärte Dr. Hein, daß sich seine Partei trotz des Beschlusses, gegen einen Zeitungsartikel keine Kundgebung zu veranlassen, auch dem Protest an sich ließe. Nachdem

auch noch Genosse Skaret für die Autonomie der Gemeinde gesprochen hatte, wurde der Protest beschlossen.

Eine lebhafte Debatte entwickelte sich über die Forderung der Sozialdemokraten auf Wiederaufnahme der Tätigkeit des Gemeinderates. An ihr beteiligten sich der Obmann des Bürgerklubs Steiner, die Gemeinderäte Neumann, Dr. Hein, Skaret, Stadtrat Schmied und Vizebürgermeister Hierhammer. Der Bürgermeister erklärte, nachdem sich auch die fortschrittlichen Gemeinderäte dem sozialdemokratischen Antrag angeschlossen hatten, nunmehr den Bürgerklub durch seinen Obmann einberufen zu lassen, da die gesamte Opposition nicht über die notwendige Anzahl Stimmen verfügt, um die Abhaltung einer Sitzung fordern zu können. Sollten sich im Bürgerklub die fehlenden Stimmen finden, so werde er den Gemeinderat einberufen.